

# U81-Hochbrücke bleibt Zankapfel



So könnte die Brücke über der Danziger Straße aussehen. FOTO: Stadt

**Düsseldorf.** Aktionsbündnis macht weiter Druck und will notfalls auch klagen. Von Julia Brabeck

Vor gut zwei Jahren hatte das Aktionsbündnis "U81 - contra monströse Hochbrücke", eine Arbeitsgruppe des Heimat- und Bürgervereins Lohausen-Stockum, zu Protesten gegen die Planungen für den ersten Bauabschnitt der Linie U81 vom Freiligrathplatz zum Flughafen-Terminal aufgerufen.

Fast 500 Einwendungen wurden damals über das Bündnis an die Bezirksregierung Düsseldorf und das Amt für Verkehrsmanagement übergeben.

Sie müssen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens alle einzeln abgearbeitet und beantwortet werden.

Die Bezirksregierung hat dafür ab 11. April alle Bürger, die Bedenken eingereicht haben, zu Gesprächen eingeladen, die sich über mehrere Tage hinziehen können.

Das Aktionsbündnis hat deshalb die betroffenen Bürger über den Ablauf des Verfahrens und die dortigen Möglichkeiten informiert.

Auch wenn dann keine neuen Argumente mehr vorgetragen werden dürfen, halten Siegfried Küsel, Vorsitzender des Bürgervereins, und Alexander Führer, Mitglied im Aktionsbündnis, eine Teilnahme der Bürger an diesem Termin für sehr wichtig. "Die Mitglieder der Bezirksregierung kennen nicht die Situation vor Ort. Sie müssen unsere persönliche Betroffenheit spüren. Wenn viele Bürger an dem Termin teilnehmen, ist die Größe der Betroffenheit auch nach außen hin sichtbar." Emotionen seien deshalb ausdrücklich erwünscht, wenn die Bedenken vorgetragen werden.

Die Kritik richtet sich vor allen Dingen gegen die geplante 500 Meter lange und zwölf Meter hohe Brücke über den Nordstern. Befürchtet wird vor allen Dingen, dass die ohnehin schon hohe Lärmbelastung in diesem Bereich noch weiter steigt. "Die Anwohner leiden ohnehin schon unter den extremen Belastungen durch die Autobahn, die B8, den Flughafen, die Rheinschiffahrt und Veranstaltungen in der Messe und Esprit Arena", sagt Führer.

Er geht davon aus, dass trotz der massiven Kritik der Bau der Brücke und nicht der vom Aktionsbündnis geforderte Tunnel kommen soll. "Die Bezirksregierung soll ja eigentlich eine Einigung erzielen. Aber wie soll ein Kompromiss zwischen einer Brücke und einem Tunnel aussehen?" Führer kündigt an, dass das Aktionsbündnis dann gegen die Brücke klagen wird. Das Bündnis lässt sich jetzt schon im Verfahren auch durch einen Anwalt vertreten.

Quelle: RP